

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83)
(Plenarsitzung vom 20.01.2011)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Abgeordneter Sagel nun auch offiziell das Wort.

(Heiterkeit)

Rüdiger Sagel*) (LINKE): Danke, Herr Präsident. Meines Wissens sind Zwischenrufe in diesem Hohen Haus immer noch erlaubt.

„*Willkommen in der Opposition!*“, kann man an die Adresse von CDU und FDP gerichtet nur sagen. Jetzt wollen Sie nach fünf Jahren auf einmal die Schulden in Nordrhein-Westfalen begrenzen. Das ist angesichts der Haushaltspolitik der früheren Koalition aus CDU und FDP in den letzten fünf Jahren wirklich abenteuerlich.

Immerhin ein Jahr, nachdem ich selber hier einen Antrag gestellt habe, dass die Schuldenbremse nicht zum Tragen kommen soll, kommen Sie von der CDU mit einer Gesetzesinitiative um die Ecke. Von Ihrer Fraktion ist schon auf die von mir und meiner Fraktion Die Linke gestellte Kleine Anfrage hingewiesen worden. Über 20 Milliarden € Schuldendienst in den nächsten Jahren – das ist das Ergebnis, welches vor allem auf die fünf Jahre CDU/FDP-Regierung hier zurückführen ist.

(Zuruf von der CDU: Dummes Zeug!)

– Ja, offensichtlich machen auch Sie Zwischenrufe. Daran kann man sehen, wer sich hier wie verhält.

Man kann nur feststellen: Der selbsternannte „*ehrliche Kaufmann*“, Herr Dr. Linssen, der Finanzminister, mutierte in diesen fünf Jahren zum Rekordschuldenminister in Nordrhein-Westfalen. „*Dr. Jekyll und Mr. Hyde*“ – das war es, was wir hier in den letzten Jahren erlebt haben.

Bekanntermaßen hat sich die damalige Große Koalition auf eine sogenannte Schuldenbremse geeinigt. Wir wissen, dass es diese auf europäischer Ebene schon lange gibt, nämlich seit 1999. Auf europäischer Ebene ist beim Bruttoinlandsprodukt ein Defizit von mehr als 3 % nicht erlaubt.

Wenn man sich die Situation hier in Nordrhein-Westfalen anguckt, muss man feststellen: Sie haben es geschafft – von den Kollegen ist dies teilweise schon gesagt worden –, die Gesamtverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen von 107 Milliarden € auf 130 Milliarden € hochzufahren. In der mittelfristigen Finanzplanung der alten Regierung aus CDU und FDP haben Sie deutlich gemacht, dass Sie die Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2013 auf 150

Milliarden € erhöhen wollten – bei einem Gesamtschuldendienst von jährlich über 6 Milliarden €. Das ist Ihre Bilanz, die Sie hier vorzuweisen haben. Das ist Ihre sogenannte Haushaltskonsolidierungspolitik.

Wenn Ihre Politik durchgeschlagen hätte, hätten Sie mehr als 40 Milliarden € an neuen Schulden gemacht; das wären mehr als 30 % der Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen. Das hatten Sie hier in Nordrhein-Westfalen vor. Das ist Ihre reale Politik, und auch das muss man Ihnen einmal so deutlich sagen.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Jetzt machen auch Sie Ihre Zwischenrufe, Frau Freimuth. So kennen wir Sie: Wenn Sie hier vorne stehen, reden Sie ganz anders, als wenn Sie in den Reihen sitzen.

Haben CDU und FDP etwas daraus gelernt? – Sie haben überhaupt nichts daraus gelernt. Sie haben auch nicht die Möglichkeiten genutzt. Sie hatten beispielsweise die Chance, mit uns neue Stellen für Steuerprüferinnen und Steuerprüfer zu beschließen. Seit wir hier im Parlament sind, machen wir an diesem Punkt Druck. Die 300 neuen Stellen haben Sie nicht unterstützt. Diese hätten natürlich dazu geführt, dass die Einnahmesituation hier in Nordrhein-Westfalen wesentlich besser geworden wäre – ganz zu schweigen davon, dass Sie das Land kaputtsparen wollen.

Sie verweigern sich allen Maßnahmen, mit denen man tatsächlich mehr Steuern einnehmen könnte. Sie verweigern sich einer Millionärsteuer. Sie wollen die Banker nach wie vor, auch nach dieser desaströsen Finanzkrise, mit Millionen-Boni nach Hause gehen lassen. Sie sind gegen eine höhere Erbschaftsteuer. Sie sind gegen eine höhere Spitzensteuer. Und Sie sind auch gegen eine Vermögensteuer. All das wollen Sie nicht. All das sind Vorschläge, die wir als Linke hier seit Jahren unterbreiten. Langsam nähert sich zumindest die SPD – bei den Grünen sieht man es noch nicht so richtig; die eiern noch ein bisschen rum –, und man sieht, dass dort Initiativen entwickelt werden. Wir sind sehr gespannt, was diesbezüglich im Bundesrat geschieht. Bisher haben Sie hier im Landtag all unsere Vorschläge abgelehnt.

Wir können nur feststellen, dass die Politik, die Sie hier verfolgt haben, völlig verfehlt war. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen eine nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Es ist wichtig, in Bildung und Schulen zu investieren. Es ist wichtig, dass wir das Land Nordrhein-Westfalen voranbringen. Das ist bei Ihnen von CDU und FDP aber nicht zu erkennen. Sie wollen, nachdem Sie nun in der Opposition angekommen sind, auf einmal eine ganz andere Politik als die machen, die Sie jahrelang gemacht haben. Bisher haben Sie die Schulden in die Höhe getrieben, aber auf einmal reden Sie ganz anders daher, als es bisher in der Realität stattgefunden hat.

Das ist mal wieder ein Showantrag, eine Showgesetzesinitiative, die Sie hier machen. Das hat mir konkreter Politik und dem, was Sie hier in den letzten Jahren gemacht haben, wirklich nichts, aber auch gar nichts zu tun. Es ist desaströs, wie Sie dieses Land in die Verschuldung geführt haben. Das ist mein Fazit, das ich an dieser Stelle nur ziehen kann. Das ist die Realität Ihrer Politik hier in Nordrhein-Westfalen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.